



# **Einbringung Entwurf Haushaltssatzung / Budgetbuch 2025**

Rede zur Einbringung des Entwurfs  
der Haushaltssatzung / des Budgetbuches 2025  
in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung  
am 10.10.2024

Carsten Hövekamp  
Bürgermeister

## ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Einbringung des Haushalts 2024 liegt gerade einmal acht Monate zurück. Für die Haushaltsplanung ist dies ein relativ kurzer Abstand und doch kann in dieser Zeitspanne eine Menge passieren – nicht nur in Dülmen, sondern natürlich auch in Deutschland und auf der ganzen Welt.

Einige Ereignisse haben uns in den vergangenen Wochen und Monaten erschrocken und mich persönlich sehr nachdenklich gemacht. Ich denke dabei natürlich an den schrecklichen Brand des Spiekerhof-Kindergartens vor wenigen Tagen. Ich denke aber auch an die weiterhin eskalierende Gewalt in der Ukraine und im Nahen Osten, die Wahlergebnisse in Sachsen, Thüringen und Brandenburg oder der schreckliche Messeranschlag von Solingen. Dies sind Ereignisse und Entwicklungen, die sicherlich uns allen große Sorgen bereiten. Daher ist es umso wichtiger, an unseren Grundfesten – den **demokratischen Werten** – festzuhalten. Ich bin sehr froh, dass wir hier in Dülmen mit unseren allesamt demokratischen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung sehr gut zusammenarbeiten und ich wünsche mir, auch mit Blick auf die Wahlen im kommenden Jahr, dass dies auch so bleiben wird.

Es steht außer Frage: Unsere Gesellschaft hat mit vielen Veränderungen zu kämpfen und steht vor großen Herausforderungen, z.B. in den Bereichen Migration, Sozialleistungen oder bei wirtschaftlich oder klimatisch notwendigen Transformationen. Die großen Entscheidungen zum Umgang mit diesen Themen werden nicht auf kommunaler Ebene getroffen, doch nicht selten sind wir als Städte und Gemeinden vor Ort als Erste betroffen, wenn es um die Umsetzung oder den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern geht. Doch dazu später mehr...

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

am 1. Februar haben wir den Haushalt für 2024 eingebracht und vorgeschlagen, freiwillig in die Haushaltssicherung zu gehen, um unseren Haushalt wieder auf sichere Beine zu stellen. Mit dem Beschluss über den Haushaltsentwurf am 14. März ist der Rat diesem Vorschlag mit großer Mehrheit gefolgt.

Gemeinsam haben wir einen harten Konsolidierungskurs eingeschlagen, den wir nun fortsetzen und über einige Jahre durchhalten müssen. Der Anfang ist gemacht, doch es liegt noch ein langer Weg vor uns. Denn: so ein **Haushaltssicherungskonzept (HSK)** ist leider kein einmaliger Befreiungsschlag oder eine Art Crash-Diät, die schnell Wirkung zeigt. Es ist vielmehr ein **langwieriger Prozess, der viel Ausdauer erfordert**.

Und – wie es bei derartigen Prozessen manchmal der Fall ist – bevor es besser werden kann, wird es erstmal noch schlechter. Und das ist leider auch hier der Fall: Bei unserer Haushaltsplanung für 2025 gehen wir derzeit von einem Defizit von rund 19 Mio. Euro aus.

Bei der letzten Haushaltseinbringung habe ich das HSK als unseren Anker bezeichnet, den wir auswerfen. Man könnte auch sagen, es ist ein **Kompass, der uns die richtige Richtung weist**. Doch auch eine Kompassnadel kann gelegentlich **durch externe Faktoren empfindlich gestört** werden. So ähnlich verhält es sich bei unserer Haushaltsplanung. Zu viele externe Faktoren beeinflussen unseren Kurs und treiben unsere Aufwendungen in die Höhe – und das, obwohl wir auf zusätzliche freiwillige Leistungen, neue Großprojekte oder erst recht „Luxus“ in irgendeiner Form konsequent verzichten.

So gut wir auf unser **kommunales Portemonnaie** aufpassen – es gibt einfach zu viele **Dritte, die uns quasi die Scheine aus der Tasche** ziehen und uns leider nicht angemessen dafür entschädigen, dass wir Aufgaben für sie übernehmen. Die Konsequenzen für den kommunalen Haushalt sind dramatisch – und damit stehen wir bei Weitem nicht alleine da! Der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund des Landes NRW haben es in einer gemeinsamen Pressemitteilung am 20. August deutlich zusammengefasst. Die Überschrift

lautete: „**Städte und Gemeinden in wachsender Finanznot – ausgeglichener Haushalt wird zur seltenen Ausnahme**“ und im Text heißt es: „Kaum eine Stadt oder Gemeinde wird in den nächsten fünf Jahren noch einen ausgeglichenen Haushalt schaffen. Wir fahren auf Verschleiß, die letzten Rücklagen schmelzen dahin. (...) Die Städte und Gemeinden sind **chronisch unterfinanziert**. Die Ausgaben der Städte und Gemeinden steigen seit Jahren stärker als ihre Einnahmen.“

Dies kann ich für Dülmen nur unterstreichen. Hier drei Beispiele:

### **Transferleistungen**

Die so genannten **Transferleistungen** sind der **größte Aufwandsposten** im städtischen Haushalt. Im Vergleich zum Ansatz des Vorjahres müssen wir für 2025 eine weitere Kostensteigerung in Höhe von rund 8,6 Millionen Euro einplanen. Insgesamt entfallen nun **78,3 Mio. Euro** auf diese Position.

Zum Vergleich: Im Jahr 2009 lagen die Transferaufwendungen noch bei 33 Mio. Euro, in 2020 schon bei 50 Mio. Euro und nun müssen wir über 78 Mio. Euro einplanen. Blicken wir also zurück, hat sich der Betrag in nur 15 Jahren mehr als verdoppelt. Eine unfassbare Kostensteigerung, mit der unsere Ertragsseite leider nicht Schritt halten konnte und die in diesem Umfang nicht aufzufangen ist.

Zu den Ursachen gehören hier u.a. die **stark gestiegenen Soziallasten** und sicherlich auch neue Standards, die auf anderen Ebenen beschlossen werden und die wir als Kommunen letzten Endes tragen müssen.

Auf die Bemessung vieler Positionen haben wir dabei keinerlei Einfluss. So steigen in 2025 beispielsweise die festgelegten **Betriebskostenzuschüsse für unsere Kita-Träger** um 1,7 Mio. Euro auf 18,9 Mio. Euro. Die Aufwendungen im Bereich der Jugendhilfe steigen um 2,1 Mio. Euro auf 13,7 Mio. Euro. Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Diese Aufgaben sind kommunale Pflichtaufgaben, die ich natürlich auch nicht in Frage stelle. An den entstehenden Kosten lässt sich daher nicht rütteln.

Eine der wenigen Positionen, bei denen das letzte Wort möglicherweise noch nicht gesprochen ist, ist allerdings die Kreisumlage, auf die ich nun etwas genauer schauen möchte:

Die veranschlagte **Kreisumlage** steigt in 2025 um 3,4 Mio. Euro auf 26,2 Mio. Euro und das, obwohl wir im laufenden Jahr aufgrund eines Einmaleffektes (große Steuernachzahlung im Referenzzeitraum) ohnehin schon einen hohen Beitrag leisten. Obwohl unsere Erträge wieder auf das Vorniveau zurückgegangen sind, müssen wir dennoch deutlich mehr bezahlen. Einer der Hauptgründe dafür: Der **LWL hat seine Umlage**, die letztlich maßgeblich in die Kreisumlage einfließt – entgegen seiner vorherigen Planung und Ankündigung – um satte 10 Prozent erhöht! Bei Landrat und Kommunen stößt dies auf deutliche Kritik, denn wir finanzieren damit auch Projekte mit, die aus unserer Sicht nicht in die kommunale Zuständigkeit fallen, sondern ausschließlich Sache der Bundesrepublik Deutschland sind (Bsp. neue Gedenkstätte in Ostwestfalen). Es kann nicht sein, dass solche Projekte, deren grundsätzliche Bedeutung ich natürlich nicht in Frage stelle, über Zusagen des LWL auf Dauer zu Lasten der angeschlossenen Kommunen gehen. Leider ist diese Kritik am LWL abgeprallt. Der Kreis hat die Steigerung der Umlage in seiner Haushaltsplanung entsprechend an die Kommunen weitergereicht.

Die Entscheidung über den Kreishaushalt wird im Dezember getroffen. Ich kann daher nur an unsere Kreistagsmitglieder appellieren, ihren Einfluss zu nutzen, damit dieser Haushalt **maximal kommunalfreundlich** ausfallen wird. Zum Beispiel erwarte ich, dass der Kreis Coesfeld seinen Anteil an der angekündigten Einmalzahlung des Landes für die Unterbringung von Geflüchteten einsetzen wird, um die Kreisumlage zu senken. Dies halte ich für gerechtfertigt, denn schließlich tragen die Kommunen die größte Last bei dieser Aufgabe.

### Unterbringung von Geflüchteten

Auch dieses Thema, die Unterbringung geflüchteter Menschen, ist – erneut – eine genauere Betrachtung wert. Wie ich schon in meiner letzten Haushaltsrede erläutert hatte, ge-

hört die Erfüllung dieser Aufgabe, die von Bund und Land an die Kommunen weiterge-  
reicht wurde, nicht nur zu den **größten gesellschaftlichen Herausforderungen**, sondern  
auch zu **den größten Kostenfaktoren** für uns als Kommune.

Zwar ist die **Pauschale**, die wir für geflüchtete Personen erhalten, etwas erhöht worden,  
sie ist jedoch nach wie vor nicht kostendeckend. Umso mehr empört es mich, dass die  
vom Bund im November 2023 auf der Ministerpräsidentenkonferenz angekündigte Ein-  
malzahlung i.H.v. 7.500 Euro pro geflüchteter Person **bis heute nicht auf unserem Konto  
eingegangen** ist. Und das trotz erheblicher Intervention seitens der kommunalen Spitzen-  
verbände, die die Regierung mehrmals an ihre Zusage erinnert haben!

Auch zur Frage einer **Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE)** in Dülmen hat das Land  
bisher leider keine Entscheidung getroffen. Doch ich bin weiterhin zuversichtlich, denn die  
Signale, die wir von der Bezirksregierung erhalten, sind positiv. Eine ZUE in Dülmen würde  
uns – zumindest für begrenzte Zeit – eine Verschnaufpause bei der Schaffung und Finan-  
zierung neuer Unterkünfte bringen. Die Zahl der dort untergebrachten Menschen würde  
uns angerechnet werden und uns daher auch finanziell entlasten. Ich kann daher nur hof-  
fen und appellieren, dass zeitnah eine Entscheidung in unserem Sinne getroffen wird. Sei-  
tens der Stadt Dülmen haben wir alles dafür getan.

Solange es jedoch keine Entscheidung gibt und wir von einem dauerhaften Rückgang der  
Zuweisungszahlen – trotz der aktuellen politischen Bemühungen – nicht verbindlich aus-  
gehen können, bleibt uns nichts Anderes übrig, als uns für die Unterbringung weiterer Hil-  
fesuchender zu wappnen. Für die **potentielle Schaffung von Containerunterkünften** sind  
daher im Haushaltsplan 2025 weitere 400.000 Euro vorgesehen. Und das ist längst nicht  
alles, denn für Versorgung, personelle Betreuung, Kitaplätze, Sprachkurse und weitere As-  
pekte einer erfolgreichen Integration fallen natürlich weitere, erhebliche Kosten an.

Nicht nur wir als Stadt Dülmen sind mit dieser Mammutaufgabe schon längst massiv über-  
fordert. Alle **Kommunen ächzen unter der schier endlosen Belastung** und haben dies in

ihrem Brandbrief an Land und Bund deutlich zum Ausdruck gebracht. Doch was ist geschehen? Wenig bis nichts! Der Hilferuf ist offenbar einfach verhallt – die Kommunen stehen weiter im Regen. Dennoch dürfen wir nicht aufgeben und auch **ich werde nicht müde, Bund und Land aufzufordern, uns Kommunen endlich mit auskömmlichen, finanziellen Mitteln auszustatten**. Denn nur so kann die Integration der vielen Menschen, die zu uns kommen, gelingen.

### **Personal- und Versorgungsaufwendungen**

Drittes und letztes Beispiel sind die Personal- und Versorgungsaufwendungen. Ich nehme es an dieser Stelle vorweg: unser Ziel, die **Personalaufwendungen** auf gleichbleibendem Level einzufrieren, haben wir leider nicht erreicht. Tatsächlich steigt diese Position im Vergleich zum Haushaltsplan 2024 um 2,1 Mio. Euro auf 46,2 Mio. Euro. Hierbei ist jedoch zu betonen, dass wir auf einen Großteil dieses Anstiegs keinen Einfluss haben.

So erhöhen sich allein die **Pensionsrückstellungen**, die wir in vorgegebener Höhe in den Haushalt einstellen müssen, um 1,3 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr, die **Rückstellungen für Versorgungsempfänger** sogar um 1,4 Mio. Euro.

Zusätzliche Personalkosten entstehen durch die städtische **Übernahme der Trägerschaft für die ehemalige Kita Rasselbande** in diesem Jahr. Wir hätten uns gewünscht, dass sich ein anderer Träger für die Einrichtung findet. Da unsere Suche nicht von Erfolg gekrönt wurde, sind wir als familienfreundliche Kommune natürlich selbst eingesprungen und haben die Kita und das Personal übernommen, um die Kinderbetreuung sicherzustellen. Und ich sage ganz deutlich: Das halte ich auch für absolut richtig. Nur finanziell macht es sich seit diesem August anteilig und ab 2025 dann zu 100 % im Personaletat bemerkbar.

Die rund vier zusätzlichen Stellen **im Stellenplan 2025** sind zum großen Teil refinanziert und erforderlich, um auf Entwicklungen zu reagieren – so zum Beispiel auf erhöhte Sicherheitsanforderungen im IT-Bereich und beim Rettungsdienst sowie auf höhere Kita-Buchungszahlen. Im Bereich Musikschule können wir aufgrund aktueller Rechtsprechung

(Herrenberg-Urteil) die bisherigen Honorarverträge nicht rechtssicher weiterführen und müssen eine neue Stelle schaffen. Dies geschieht jedoch budgetneutral.

Auch im Bereich der Stellen sorgen somit stetig steigende Anforderungen von außen dafür, dass wir als Kommune reagieren müssen, um handlungsfähig zu bleiben. Infolgedessen entstehen zusätzliche Kosten, die wir letztendlich in den meisten Fällen aus dem kommunalen Portemonnaie zahlen müssen.

## **Der Haushaltsentwurf 2025 im Überblick**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

bei den drei geschilderten Beispielen handelt es sich nicht nur um die größten Posten in unserem städtischen Haushalt, gleichzeitig verzeichnen diese Bereiche auch die stärksten Kostensteigerungen. Doch auch weitere Positionen im städtischen Haushalt tragen zu dem hohen Defizit bei. Im Folgenden möchte ich Ihnen die Rahmendaten des Haushaltsentwurfs 2025 zusammenfassen:

Die **Aufwendungen** in Höhe von **176,7 Mio. Euro** können durch die geplanten **Erträge** in Höhe von **154,2 Mio. Euro** nicht gedeckt werden, wodurch ein **Defizit in Höhe von 22,5 Mio. Euro** entsteht. Wie im Vorjahr reduziert sich dieses Defizit durch Veranschlagung des „**globalen Minderaufwandes**“. Es wird also ein pauschaler Betrag vom Ergebnis abgezogen, der durch weitere Einsparungen im laufenden Geschäft in 2025 erreicht werden muss. Unter dem Strich verbleibt dennoch ein **Jahresergebnis von -19 Mio. Euro**.

Die zentralen geplanten **Aufwendungen** im Haushaltsjahr sind im Einzelnen:

- Personalkosten: 46,2 Mio. Euro
- Versorgungsaufwendungen: 3,7 Mio. Euro (+ 61 Prozent)
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: 24,6 Mio. Euro
- Transferaufwendungen 78,3 Mio. Euro, darunter
  - 18,9 Mio. Euro Betriebskosten für Kitas freier Träger
  - 13,7 Mio. Euro Jugendhilfe



- 26,2 Mio. Euro Kreisumlage

Diesen stehen die folgenden **Erträge** gegenüber:

- Grundsteuer A: 235.000 Euro
- Grundsteuer B: 9,3 Mio. Euro
- Gewerbesteuer: 31,5 Mio. Euro
- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: 30,2 Mio. Euro
- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 3,8 Mio. Euro
- Hundesteuer: 352.000 Euro
- Vergnügungssteuer: 313.000 Euro
- Sonstige Erträge: 2,8 Mio. Euro.
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen: 38,5 Mio. Euro, darunter
  - 10,4 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen (+ 10,1 Mio. Euro)

Lassen Sie mich an dieser Stelle einige Sätze zum **Thema Grundsteuer** sagen: Zum 1. Januar 2025 ist die vom Deutschen Bundestag beschlossene Grundsteuerreform durch die Kommunen umzusetzen. Die **Anpassung der Hebesätze erfolgt aufkommensneutral**, so dass das Ertragsvolumen **gemeindeweit** stabil gehalten wird. Die individuelle Belastung einzelner Steuerpflichtiger wird sich – als zwingende Folge der Reform – jedoch in den meisten Fällen verändern, je nach Neubewertung der eigenen Immobilie bzw. des eigenen Grundstücks. Bei der Grundsteuer A wurde durch das Land NRW ein neuer Hebesatz in Höhe von 316 v.H. (bisher 254 v.H.) und bei der Grundsteuer B in Höhe von 712 v.H. (bisher 550 v.H.) für Dülmen ermittelt.

Wie bereits im Hauptausschuss ausführlich erläutert, schlägt die Verwaltung vor, **von der Möglichkeit der Erhebung differenzierter Hebesätze für Wohn- und Nichtwohngrundstücke für 2025 keinen Gebrauch** zu machen. Der Kreis Coesfeld als unsere Kommunalaufsicht hat dieses Vorgehen aus Gründen der **Rechtssicherheit** und wegen der **fehlenden IT-Systeme** zum jetzigen Zeitpunkt dringend empfohlen und es ist davon auszugehen, dass alle Kommunen im Kreis Coesfeld dem auch folgen werden. Ich muss leider sagen,

dass die ohnehin schon große Herausforderung, die Grundsteuerreform vor Ort umzusetzen, durch die Vorgehensweise des Landes für uns als Kommunen noch zusätzlich deutlich verkompliziert worden ist. Zwar bietet das Land die Möglichkeit differenzierter Hebesätze an, doch wenn es um die **Umsetzung** und die möglichen Folgen geht, sind die **Kommunen – wieder einmal – auf sich allein gestellt**.

Zurück zum **Gesamthaushalt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie sehen: **die Lage ist ernst, sie ist bedrohlich**. Das Jahresergebnis 2025 werden wir voraussichtlich nicht mehr durch die **Ausgleichsrücklage** decken können. Fehlbeträge können dann nur noch mithilfe der **Allgemeinen Rücklage** ausgeglichen werden.

Um es ganz deutlich zu sagen: allein die Erfüllung unseres kommunalen Alltagsgeschäfts tut schon weh. Die laufenden monatlichen Auszahlungen übersteigen die Einzahlungen, sodass die **Liquidität aktuell nur noch durch Kredite sichergestellt** werden kann. So kann es nicht weitergehen! Ich habe es eingangs schon erwähnt: Dülmen ist längst kein Einzelfall. Im Gegenteil! Bund und Land müssen endlich aufwachen und die kommunale Familie entlasten! Ich komme noch einmal auf die Pressemitteilung vom 20. August zurück: Darin betonten der Vorsitzende des Städtetages NRW und der Präsident des Städte- und Gemeindebundes NRW: „**Was wir brauchen, ist eine echte Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung.**“

Und was tun wir, bis dies (hoffentlich!) endlich geschieht?!

### **Konsolidierungsmaßnahmen**

Es bleibt uns nichts Anderes übrig, als unseren **Spar- und Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen und das HSK fortzuschreiben**. Es ist ein dauerhafter Auftrag an unsere gesamte Verwaltung und Politik. Ganz klar ist, dass eine (freiwillige) Übernahme neuer, defizitärer Aufgaben in 2025 und auch in den Folgejahren nicht in Frage kommt. Doch das allein reicht nicht aus, um den städtischen Haushalt wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. Hierzu müssen alle bestehenden Einnahmen und Ausgaben genau unter die Lupe ge-

nommen werden. Dies haben wir bei den Haushaltsberatungen erneut getan und sehr genau hingeschaut, wo wir weiter sparen können, welche **Projekte und Aufgaben auf-schiebbar oder vielleicht gänzlich verzichtbar** sind.

Im Folgenden möchte ich Ihnen einige **Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes** nennen, die im Jahr 2025 um- bzw. fortgesetzt werden:

- Wo immer es vertretbar ist, wird die **Wiederbesetzungssperre** von 6 Monaten auch in 2025 umgesetzt werden. In 2024 ist die Sperre bei 13 Besetzungsverfahren zum Einsatz gekommen. In weiteren Fällen gab es Vakanzen aus anderen Gründen, sodass wir im laufenden Jahr bisher rund 400.000 Euro an Personalkosten eingespart haben.
- Die Entwicklung der städtischen Gebäudestrategie hat weiterhin hohe Priorität. Parallel zur Erstellung der Strategie werden wir bereits erste Maßnahmen umsetzen. So soll im Rahmen des Projektes „**Rathaus 2025**“ gegen Ende des kommenden Jahres das Verwaltungsgebäude in der Tiberstraße aufgegeben werden. Durch mobiles Arbeiten und gemeinsam genutzte, buchbare Arbeitsplätze können wir die gesamten Kolleginnen und Kollegen aus der Tiberstraße wieder im Rathaus unterbringen und sparen damit jährlich Mietkosten von über 50.000 Euro.
- Auch durch den weiteren **Abbau von Bürokratie** beabsichtigen wir, deutliche Einsparungen zu erzielen. So soll z.B. intern die Verbuchung von Allgemeinkosten, die bisher aufwändig durch die einzelnen Bereiche erledigt wurde, nun an zentraler Stelle erfolgen. Auch das Fuhrparkmanagement wird zentralisiert.
- An anderer Stelle verzichten wir aus Kostengründen auf die Anschaffung neuer **Softwaresysteme**.
- Durch die Reduktion der Raumtemperatur in der gesamten Verwaltung auf maximal 20,5 Grad im Winter werden wir mindestens 10 Prozent der **Heizenergiekosten** und damit jährlich rund 130.000 Euro einsparen.
- Auch unsere **Feuerwehr** wird in den kommenden Jahren in weiten Teilen mit dem vorhandenen Material und Fuhrpark arbeiten müssen. Auch, wenn die Anschaffung

modernerer Fahrzeuge sicherlich wünschenswert wäre, müssen wir diese teilweise zurückstellen. Trotz der notwendigen Einsparungen, die allesamt mit der Wehrführung abgestimmt sind, werden wir natürlich weiterhin sicherstellen, dass die sehr gute Ausbildung und angemessene Ausstattung unserer Feuerwehrleute beibehalten wird.

- Weiterhin werden wir **nicht zwingend erforderlichen Grunderwerb** ebenso aufschieben wie **nicht zwingend notwendige Hochbau- oder Brückenprojekte** sowie **Straßenendausbauten**.
- Kritisch in den Blick nehmen wir auch die **städtischen Spielflächen**. Natürlich ist es uns ein großes Anliegen, unseren Kindern und Familien weiterhin attraktive Spielmöglichkeiten zu bieten. Doch dabei behalten wir immer die sich verändernden Bedarfe im Fokus. Die mögliche Aufgabe nicht mehr benötigter Spielflächen bzw. die Konzentration auf größere Plätze soll in der ersten Sitzungsstaffel in 2025 beraten werden.
- Die Spar- und Konsolidierungsvorschläge treffen alle Lebensbereiche. So werden wir konsequenter Weise auch im Bereich der **Radwegsanierung, Grünflächen- und Wirtschaftswegeunterhaltung** sparen müssen.
- Die bereits beschlossenen Erhöhungen der **Musikschul-, Bücherei- und Parkgebühren** und die Anhebung der **Hundesteuer** sind ebenfalls ein notwendiger Konsolidierungsbeitrag.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dies ist nur ein kleiner Auszug aus einer langen Liste von Konsolidierungsmaßnahmen.

Manche Beiträge sind vergleichsweise klein, andere größer – doch jeder einzelne von ihnen ist wichtig! Nicht wenige dieser Maßnahmen sind außerdem schmerzhaft – teils für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, teils für uns als Verwaltung (oder beides).

Doch Sie können mir glauben: Wir würden diese Maßnahmen nicht vorschlagen oder ergreifen, wenn es nicht zwingend erforderlich wäre!

## Wichtige Themen und Projekte 2024/2025

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

so bedrohlich und düster die Zahlen und Aussichten derzeit auch sind – unsere Arbeit kommt trotz aller Sparzwänge nicht zum Erliegen. Natürlich machen wir weiter und verfolgen die zentralen Themen und Projekte, die für unsere Stadt und unsere Bürgerinnen und Bürger wichtig sind:

### Bildung

An erster Stelle stehen dabei nach wie vor Investitionen in Bildung, Betreuung und Schule, wo wir in den vergangenen Jahren bereits eine Menge erreicht haben!

Der **Um- und Ausbau der St. Georg-Grundschule in Hiddingsel** wird in diesen Tagen erfolgreich abgeschlossen, während an der **Augustinus-Grundschule** der dritte und letzte Bauabschnitt läuft und die neue **Turnhalle** (Kostenansatz 2025: 2,5 Mio. Euro) im kommenden Jahr fertiggestellt werden soll. Gleiches gilt für die **CBG-Turnhalle**, deren Sanierung unser Hochbau-Team vor immer neue Herausforderungen stellt (Ansatz Gesamtkosten 5,6 Mio. Euro, für 2025 1,7 Mio. Euro). Die Deckensanierung an der **Turnhalle in Merfeld** ist mit 300.000 Euro eingeplant. Auf Hochtouren laufen die Planungen für den Neubau der **Paul-Gerhardt-Schule** sowie das Verfahren für die dafür erforderliche Änderung des Bebauungsplans. Geht alles glatt, könnte der Bau Anfang des 4. Quartals 2025 beginnen (5,5 Mio. Euro sind im Haushalt 2025 für erste Auftragsvergaben hinterlegt). Der Start der Baumaßnahme für die **G9-Erweiterung am AvD-Gymnasium** ist ebenfalls für 2025 vorgesehen und mit 1,7 Mio. Euro budgetiert.

Die räumliche Not an der Hermann-Leeser-Schule und der Kardinal-von-Galen-Hauptschule verlieren wir nicht aus dem Blick und arbeiten weiter intensiv an unseren Plänen für den **Bildungscampus**. Es lässt sich nicht beschönigen: der Ausstieg der Kreishandwerkerschaft war ein Rückschlag für das Projekt, denn die angedachte Zusammenarbeit von Schule und Handwerk an einem Ort hätte eine besondere Strahlkraft und wertvolle Synergieeffekte mit sich gebracht. Doch die wirtschaftliche Entscheidung der Kreishandwerkerschaft akzeptieren wir selbstverständlich. Umso erfreuter bin ich, dass es uns gelungen

ist, den Kreis Coesfeld als potentiellen neuen Partner für das Campus-Projekt zu gewinnen. Anfang Oktober hat der Kreistag die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeit eines Neubaus der Förderschulen am Bildungscampus zu prüfen. Dem sehe ich positiv entgegen. Wir werden die Planungen in diesem Sinne weiter vorantreiben. Im Haushaltsentwurf sind dafür 500.000 Euro eingestellt.

Im Zeitplan liegt der Bau der neuen **Kita Leuster Weg**, mit der Fertigstellung ist Ende des 2. Quartals 2025 zu rechnen (Kostenansatz 2025: 1,6 Mio. Euro). Mit den Vestischen Kliniken ist ein qualifizierter Träger gefunden, der ab dem Kita-Jahr 2025/26 das örtliche Angebot erweitern und dazu beitragen wird, die stetig steigende Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Dülmen auch in Zukunft zu decken.

Die Gruppen des Spiekerhof-Kindergartens konnten wir zum Glück kurzfristig auf drei weitere städtische Einrichtungen verteilen. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank für die große Hilfsbereitschaft, auch von anderen Kita-Trägern und Einrichtungen, ausdrücken. Mit Hochdruck arbeiten wir an einer Lösung zur Unterbringung bis zur Fertigstellung eines Neubaus, den wir am bisherigen Standort realisieren möchten.

### **Wohnbau- und Gewerbegebiete**

Eine Menge geschieht aktuell in Sachen **Wohnbau- und Gewerbegebiete** in Dülmen. Im Wohngebiet **Auf dem Bleck** sind die Erschließungsarbeiten abgeschlossen, in den Gebieten **Raiffeisenring** in Buldern sowie **Linnertstraße** in Hausdülmen sind sie im vollen Gange und für den **Kornkamp** in Merfeld laufen die entsprechenden Ausschreibungen. Nach und nach werden die Grundstücke im kommenden Jahr in die Vermarktung gehen – gute Nachrichten für unsere bauwilligen Bürgerinnen und Bürger, aber auch für den städtischen Haushalt und das Grundstücksmanagement der Stadt Dülmen. Ich bin sehr froh, dass wir den Dölmenerinnen und Dölmenern damit nach einer längeren Zeit, in der keine städtischen Flächen zur Verfügung standen, an vier attraktiven Orten Wohnbaugrundstücke anbieten können.

Ab 2026 ist die Vermarktung der **Gewerbeflächen am Raiffeisenring, an der Linnertstraße und in Dülmen-Nord** vorgesehen. Selbstverständlich stehen unsere Wirtschaftsförderung und das Grundstücksmanagement schon jetzt allen interessierten Gewerbetreibenden zur Verfügung. Sie nehmen Vormerkungen entgegen und konnten in Einzelfällen – wie bei den Firmen Magni sowie Bausch+Ströbel für Dülmen-Nord – bereits erfolgreich Verträge für größere Vorhaben abschließen, was sich positiv auf unseren Arbeitsmarkt und die Gewerbesteuererinnahmen auswirken wird. Dülmen ist nach wie vor ein attraktiver und gefragter Wirtschaftsstandort, der in den kommenden Jahren noch deutlich wachsen wird.

### Infrastruktur und Klimaschutz

Neben den genannten Maßnahmen für die Wohn- und Gewerbegebiete planen unser Fachbereich Tiefbau und das Abwasserwerk für 2025 u.a. **Erschließungsarbeiten- bzw. Endausbauten in den Bereichen Grundversorgungszentrum Dernekamp, Alte Badeanstalt und Bischof-Kaiser-Straße.**

Auch in unserer Innenstadt hat sich in den vergangenen Jahren eine Menge getan und es geht noch weiter! Im Rahmen des neuen **ISEK** haben wir – gemeinsam mit Politik und Bürgerschaft – eine Vielzahl von Maßnahmen erarbeitet, die die innerstädtische Entwicklung in den kommenden Jahren prägen werden. Ob Städtebau, Digitalisierung, Klimawandel, Mobilität oder Wohnraum – die Bandbreite der Themen und Herausforderungen ist groß! Die Gestaltung eines **integrativen Spielplatzes im Stadtpark An den Wiesen** möchten wir im kommenden Jahr umsetzen. Zusammen mit Planungskosten für u.a. die Gestaltung der Innenstadtzugänge sowie die Umgestaltung verschiedener Straßenzüge sind im Haushalt 750.000 Euro für ISEK-Maßnahmen veranschlagt.

Das zweifellos größte Bauprojekt, das im kommenden Jahr starten wird, ist der Neubau unserer **Feuer- und Rettungswache** an der Nordlandwehr. Auch hier laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, wobei die komplizierten europäischen Vergabeverfahren für die Planungsleistungen viel Zeit kosten und auch in 2025 noch kosten werden. Ein externes Fachbüro unterstützt uns dabei, diese Prozesse best- und schnellstmöglich abzuwickeln (Ansatz 2025: 6 Mio. Euro).

Übergeordnete Ziele bei all unserem Tun bleiben natürlich der Klimaschutz und das Erreichen der **Klimaneutralität bis 2035**! Mit dem Beschluss zur Beteiligung der Stadt Dülmen am Umspannwerk in Empte können wir heute Pflöcke einschlagen, um den zügigen Ausbau der Windenergie in Dülmen voranzutreiben.

Gleichzeitig befinden wir uns mit unserem **Großprojekt „Wärmeplanung“** gemeinsam mit den Stadtwerken auf dem Weg, um Potentiale für eine nachhaltige Wärmeversorgung in unserer Stadt zu ermitteln und natürlich später nutzen zu können. Nur konsequent ist in diesem Zusammenhang die Erarbeitung einer kommunalen **Nachhaltigkeitsstrategie**, für die wir uns um eine Förderung bemühen. Auch der weitere Ausbau der **Fahrradstraßen** in Dülmen zählt zu den wichtigen Maßnahmen für Klimaschutz und nachhaltige Mobilität. Auf dem Plan für das kommende Jahr stehen die Merfelder Straße und die Stolbergstraße.

## **Abschluss**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Sie sehen: trotz aller Sparschwänge arbeiten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung Dülmen in allen Fachbereichen weiter daran, unsere Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger attraktiv und lebenswert zu halten und sie insbesondere in den Bereichen Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz gezielt weiterzuentwickeln. Auch an der **Erstellung dieses komplexen Haushaltsentwurfs** haben Kolleginnen und Kollegen aus allen Fachbereichen intensiv mitgewirkt. Mein **Dank** gilt ihnen allen und insbesondere unserem Kämmerer Christian Röder sowie Bernhard Krunke und dem gesamten Team der Kämmerei sowie unserer Stabstelle Zentrale Steuerung mit Melanie Fasselt, Carolin Sowade, Katharina Scheffer und Nora Bolle.

Wir übergeben diesen Haushaltsentwurf nun an Sie, liebe Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, und wünschen Ihnen **gute und weise Beratungen**. Den Mitgliedern des Kreistags wünsche ich dies zudem, wie oben schon angedeutet, auch ganz besonders für die **Entscheidung über die Kreisumlage**.



Wir haben bereits im Vorfeld mit den Fraktionen über wichtige Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Haushalt gesprochen und ich bin froh, dass wir hier auf eine **gute und konstruktive Zusammenarbeit** bauen dürfen. Ich nehme noch einmal Bezug auf den Anfang meiner Rede und kann nicht genug betonen, wie **wichtig und wertvoll unsere demokratischen Werte und Abläufe** sind. Dessen sollten wir uns immer bewusst sein. Wir alle sind in der Pflicht und Verantwortung, das Beste aus der aktuellen Situation zu machen – für unsere Stadt und unsere Bürgerinnen und Bürger. Darauf vertraue ich und wünsche uns alles Gute.

Vielen Dank.